

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2011

COFACE nimmt Kontakt zum künftigen EU-Ratsvorsitzenden auf

Die Gödöllö-Erklärung vom 1. April hat unter den Familienorganisationen viel Zustimmung erfahren. Darin hatten sich die Regierungen Spaniens, Belgiens, Ungarns und Polens für eine stärkere Berücksichtigung der Belange von Familien in der Europäischen Union stark gemacht. Spanien, Belgien und Ungarn bilden das aktuelle Präsidentschaftstrio, Polen wird den Vorsitz im Rat der Europäischen Union am 1. Juli 2011 übernehmen. Yves Roland-Gosselin und William Lay, Präsident bzw. Geschäftsführer der COFACE, trafen in Warschau Vertreter des polnischen Ministeriums für Arbeit und Soziales zu einem Austausch über die familienpolitischen Zielsetzungen. Die COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) berichtet, dass das Treffen positiv verlaufen sei. Die polnische Regierung plane für den Herbst und Winter dieses Jahres mehrere Veranstaltungen, in die auch die Familienorganisationen eingebunden werden sollen (vgl. unten „Bevorstehende Veranstaltungen“).

- [Erklärung über die Auswirkungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Demografieentwicklung vom 1. April 2011](#)

Polnischer Familienverband hofft auf familienfreundliche Mehrwertsteuerpolitik durch neuen EU-Ratsvorsitz

Anlässlich der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes am 1. Juli 2011 hat der polnische Familienverband Zwiazek Duzych Rodzin – Trzy Plus (ZDR3+, dt.: Bund Großer Familien - Drei Plus) die polnische Regierung dazu aufgefordert, sich für mehr Familienfreundlichkeit bei der EU-Mehrwertsteuerrichtlinie einzusetzen. Wie einige andere Mitgliedsländer wendet Polen auf Kinderkleidung und -schuhe einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz an – entgegen den Bestimmungen des entsprechenden EU-Katalogs. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes, das Polen der Vertragsverletzung für schuldig befindet, befürchtet ZDR3+ nun einen starken Anstieg der Lebenshaltungskosten für Familien in Polen. In der polnischen Ratspräsidentschaft sieht der Verband deshalb die Chance, die europäischen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, den ermäßigten Steuersatz für Kinderartikel beizubehalten. In einem Brief fordert er deshalb den polnischen Premierminister Donald Tusk auf, sich dafür einzusetzen, Kinderartikel in die Liste derjenigen Produkte aufzunehmen, auf die EU-weit ein ermäßigter Mehrwertsteuersatz angewendet werden darf.

Für die Ausweitung dieses Katalogs auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder setzt sich auch die AGF seit mehreren Jahren ein. Im Mai 2011 startete sie gemeinsam mit dem Einzelhandelsunternehmen JAKO-O die Kampagne „7 % für Kinder“, die von einem breiten Bündnis unterstützt wird.

- [Brief des Verbands ZDR3+ an den polnischen Premier Donald Tusk \(polnisch\)](#)
- [Gemeinsame Stellungnahme von ZDR3+ und dem polnischen Wirtschaftsforschungsinstitut „Adam Smith Zentrum“ über die Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung bei Kinderartikeln \(polnisch\)](#)
- [Website der AGF-Kampagne „7 % für Kinder“](#)

Rat der EU spricht sich für Bekämpfung der Kinderarmut und für Vereinbarkeit von Arbeit und Familie aus

Die ungarische Ratspräsidentschaft hatte es sich zum Ziel gesetzt, Schlussfolgerungen über Maßnahmen zur Verringerung der Kinderarmut zu verabschieden. Am 17. Juni war es soweit. Vor dem Hintergrund der EU2020-Strategie, deren erklärtes Ziel u. a. die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ist, forderte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz (EPSCO) die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, das Thema Kinderarmut umfassend anzugehen. Dazu gehörten auch angemessene Beschäftigungsmöglichkeiten bzw. die Sicherung eines adäquaten Familieneinkommens. Verbesserungen seien auch bei der Kinderbetreuung angezeigt sowie in den Bereichen Bildung, Wohnungswesen und Gesundheitsversorgung.

Der EPSCO-Rat verabschiedete außerdem Schlussfolgerungen zur Vereinbarkeit von Arbeit und Familie im Kontext des demografischen Wandels. Letzterer erfordere familienpolitische Maßnahmen, die die Geburtenrate steigern, bessere Arbeitsbedingungen und Kinderbetreuung garantieren sowie andere Arrangements für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit. Solche Maßnahmen dienten einerseits der Geschlechtergerechtigkeit, sie spielten jedoch auch eine wichtige Rolle im Rahmen der 2020-Strategie für mehr Wachstum und Beschäftigung.

Diskutiert wurde auf der gleichen Sitzung auch das Thema Mutterschaftsurlaub. Hier konnte jedoch keine Einigung erzielt werden (vgl. dazu unten „EP beklagt mangelnde Kooperation des EU-Rates bei Mutterschaftsurlaub“).

- [Schlussfolgerungen des Rates zur Bekämpfung von Kinderarmut vom 17. Juni 2011 \(englisch\)](#)
- [Schlussfolgerungen des Rates zur Vereinbarkeit von Arbeit und Familie vom 17. Juni 2011 \(englisch\)](#)

EP beklagt mangelnde Kooperation des EU-Rates bei Mutterschaftsurlaub

Bereits im Oktober 2010 hatte das Europäische Parlament (EP) eine Entschließung verabschiedet, die vorsieht, die Mindestdauer des Mutterschaftsurlaubs von 14 auf 20 Wochen zu erweitern. Acht Monate später äußerte nun die zuständige Berichterstatterin im EP, Edite Estrela (S&D, PT), ihre Enttäuschung über mangelnde Fortschritte im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren auf Seiten des Rates der Europäischen Union. Dieser zeige wieder einmal seine Geringschätzung des Parlamentes, indem er dessen eindeutige Mehrheitsentscheidung ignoriere. Nun setze das Parlament die Hoffnung in die polnische Regierung, die im Juli von Ungarn die Ratspräsidentschaft übernehmen wird und bereits Kooperationsbereitschaft signalisiert habe.

- [EP Pressemitteilung vom 17. Juni 2011](#)
- [Hintergrundinformationen zur Initiative „Gesundheit und Sicherheit für schwangere Arbeitnehmerinnen“ \(englisch\)](#)

Kommission berichtet über „Safer Networking Principles“

Seit 2009 hat die Europäische Kommission mit 21 Unternehmen aus der Internetbranche Grundsätze zum sicheren Umgang mit sozialen Netzwerken vereinbart. Nun hat sie einen ersten Bericht über deren Umsetzung vorgelegt. Die zuständige Kommissarin Neelie Kroes bezeichnet darin den beabsichtigten Schutz Minderjähriger vor

der Kontaktaufnahme durch Fremde sowie vor einer öffentlichen Beschädigung ihres Rufes als weiterhin mangelhaft. Sie fordert die Betreiber der Plattformen auf, die Standardeinstellungen für Minderjährige dementsprechend zu verändern. Im April hatte das EU-Programm KidsOnline darauf aufmerksam gemacht, dass vor allem die Profile sehr junger Internetnutzer meist „öffentlich“ zugänglich seien.

- [Pressemitteilung vom 18. April zur KidsOnline-Umfrage](#)
- [Pressemitteilung vom 21. Juni 2011 zum Kommissionsbericht](#)
- [Nähere Informationen zu den „Safer Networking Principles“ \(englisch\)](#)

EU stärkt Unterhaltsansprüche

Seit dem 18. Juni 2011 ist eine neue EU-Verordnung in Kraft, die die Durchsetzung der Unterhaltsansprüche von Kindern, deren Eltern in verschiedenen EU-Ländern leben, verbessert. Die Verordnung schafft ein EU-weites System, das die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen erleichtern soll, so dass sich Elternteile nicht länger ihren Pflichten entziehen können. Unterhaltsentscheidungen, die in einem EU-Land getroffen wurden, werden nun in den meisten Fällen ohne besonderes Verfahren in dem jeweils anderen Land vollstreckt. So werden Verfahren beschleunigt und das sorgende Elternteil sowie die Solidargemeinschaft entlastet.

- [Pressemitteilung der EU-Kommission vom 21. Juni 2011](#)

Grundrechte in der EU - Jahresbericht der FRA online

Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) hat Mitte Juni ihren Jahresbericht für 2010 veröffentlicht. Dieser zieht Bilanz über die Herausforderungen und Erfolge auf dem Gebiet des Grundrechtsschutzes in der EU. Als andauernde Verletzungen dieser Rechte werden im Bericht u.a. die anhaltende extreme Armut und soziale Ausgrenzung von Roma-Gemeinschaften, die sich verschlechternden Bedingungen von Asylbewerbern in gewissen Mitgliedstaaten oder die Missachtung von Kinderrechten identifiziert. Letzteren widmet sich ein eigenes Kapitel des Berichtes. Darin wird über wichtige Entwicklungen im Bereich der Rechte des Kindes und des Schutzes von Kindern berichtet – beispielsweise über Maßnahmen gegen Menschenhandel, für Opferschutz oder eine kinderfreundliche Justiz.

- [Internetpräsenz des Berichtes mit Downloadmöglichkeit auch einzelner Kapitel](#)

AGF veröffentlicht Zusammenfassung der FAMILYPLATFORM-Berichte

Von Ende 2009 bis März 2011 hat die FAMILYPLATFORM Schwerpunkte für eine Forschungsagenda für Familienfragen auf EU-Ebene entwickelt. Dazu wurden Berichte zu acht unterschiedlichen „Existential Fields“ erstellt, die in einem gesamteuropäischen Dialog zwischen Stakeholdern aus Gesellschaft, Wissenschaft und Politik erörtert wurden. So konnten sowohl der status quo der Familienforschung als auch neue, sich ankündigende Trends in Europa identifiziert werden.

Die AGF hat sich mit diesen Berichten intensiv auseinandergesetzt und sich dabei vor allem die deutsche Perspektive vorgenommen. So entstand Zusammenfassung, die zum einen die deutsche Perspektive als auch die von der FAMILYPLATFORM erkannten Forschungslücken grafisch hervorhebt. Seit Juni 2011 ist diese auf der Internetpräsenz der AGF verfügbar.

Die AGF-Publikation gewährt einen Überblick und ist auch als "Appetitanreger" für die sehr informativen Originalreports gedacht, die sich in englischer Sprache auf der Website der FAMILYPLATFORM sowie der Projektseite der Technischen Universität Dortmund befinden.

- [AGF-Zusammenfassung der Ergebnisse der FAMILYPLATFORM](#)
- [Internetpräsenz der FAMILYPLATFORM](#)
- [Projektseite der TU Dortmund](#)

Bevorstehende Veranstaltungen

- **19. Europäische Konferenz des Sozialwesens** des Europäischen Sozialen Netzwerks (ESN) (6.-8. Juli, Warschau)
- Internationale Konferenz **„Eldercare Services in Europa – Familienunterstützende haushaltsnahe Dienstleistungen für ältere Menschen“** (15.-16. September 2011, Berlin)
- Abschlusskonferenz des Projekts **„Children’s Rights for All“** (20.-21. Oktober 2011, Brüssel)
- Jahrestagung der **Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung** (17.-18. Oktober 2011, Krakau)
- Expertenkonferenz zu Maßnahmen der Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben (20.-21. Oktober, Krakau)
- Eurochild Jahreskonferenz 2011 **„Tackling child poverty through supporting and strengthening families“** (30. November - 1. Dezember 2011, Cardiff)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa.

AGF e. V. · Courbièrest. 12, 10787 Berlin · Web: <http://ag-familie.de> · Tel.: +49 (0) 30 21962-746
E-Mail: europa@ag-familie.de · Redaktion: Christine Ludwig, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)
